
Gewerkschaftliche Handlungsspielräume in der europäischen Wirtschaftspolitik: Gibt es die?

Rezension von: Eckhard Hein, Torsten Niechoj, Thorsten Schulten, Achim Truger, Europas Wirtschaft gestalten! Makroökonomische Koordinierung und die Rolle der Gewerkschaften, VSA Verlag, Hamburg 2004, 256 Seiten, € 16,80.

Europa steht derzeit vor großen politischen und ökonomischen Herausforderungen. Die vollzogenen und die zukünftigen Erweiterungsrunden gepaart mit der notwendigen Bewältigung der wirtschaftlichen Stagnation verlangen von der EU mehr an Gestaltungskraft, als dies bisher der Fall war. GewerkschafterInnen haben immer schon deutlich formuliert, warum sie mit der bisherigen Politik der EU unzufrieden sind: Zu sehr dem freien Wettbewerb, zu wenig der Sozialpolitik verpflichtet sei die Union, mit fatalen Folgen für Wachstum und Beschäftigung. Diese Kritik wird auch in vorliegendem Buch laut, die als Sammelband einer Tagung erschienen ist. Im Rahmen dieser Tagung wurde der Frage nachgegangen, warum die EU sich derzeit in einer ökonomischen Krisensituation befindet, aus der sie sich nicht befreien kann oder auch will. Im Zentrum der Kritik steht der aktuelle makroökonomische Politik-Mix zwischen Geld-, Fiskal- und Lohnpolitik und die Forderung nach einer tatsächlichen wirtschaftspolitischen Koordinierung auf EU-Ebene. Die unterschiedlichen Koordinierungsprozesse werden aus wissenschaftlicher und gewerkschaftlicher Sicht betrachtet. Dem Sammelband gelingt es, sowohl einen Überblick über das aktuelle Geschehen zu geben als auch eine

Einschätzung darüber zu ermöglichen, inwieweit die wirtschaftspolitischen Koordinierungsprozesse den Interessen und Zielen der Gewerkschaften entsprechen.

Warum Koordinierung?

In einem ersten Themenblock wird grundsätzlich der Frage nach der Aufgabe und Funktion wirtschaftspolitischer Koordinierung in einer Währungsunion nachgegangen. Eckhard Hein und Achim Truger untersuchen die Schwachstellen und Defizite des bisherigen wirtschaftspolitischen Regimes. Diese Analysen sind als Einleitung des Sammelbandes (der Tagung) zu lesen. Zwar bieten sie für jene, die die Diskussion laufend verfolgen, kaum neue Erkenntnisse, allerdings stellen sie die aktuellen Entwicklungen prägnant und kritisch dar. So wird die restriktive Ausrichtung der aktuellen makroökonomischen Politik, die sich in der gegenwärtigen Geld- und Fiskalpolitik manifestiert, für die aktuelle Wirtschaftskrise verantwortlich gemacht und als neu-monetaristisches Politik-Konzept verworfen. Als Ausweg sehen die Autoren wirtschaftspolitische Koordinierung in einem keynesianischen Verständnis. Dies beinhaltet eine koordinierte Geld-, Fiskal- und Lohnpolitik, mit dem Ziel, mehr Wachstum in der Europäischen Währungsunion und Beschäftigung zu generieren.

In einem weiteren Aufsatz analysieren Fritsche et al., inwieweit die US-amerikanische Wirtschaftspolitik einem keynesianischen Ansatz von wirtschaftspolitischer Koordinierung entspricht. Genau wird die Geld-, Fiskal- und Lohnpolitik der neunziger Jahre dargestellt. Die bessere *Performance* der USA ist laut Autoren nicht primär auf eine bewusste makroökonomische Strategie, sondern stark auch auf

„glückliche Umstände“ zurückzuführen, zeichnet sich aber durch das „konsequente Ausnutzen dieser Umstände“ aus. Die US-amerikanischen WirtschaftspolitikerInnen stellen sich insgesamt als weniger ideologisch geleitet dar als ihre europäischen KollegInnen.

Wem nutzt Koordinierung?

Im Weiteren geht Torsten Niechoj in seinem ausgesprochen interessanten Artikel der Frage nach, welche Politikempfehlungen keynesianische Makropolitik – in ihren verschiedenen Facetten von neu- bis postkeynesianisch – für die europäische Wirtschaftspolitik geben würde und welche Akteure daran Interesse haben könnten/sollten. Niechoj kommt zu der Einschätzung, dass die aktuelle Ausrichtung der EU sich einer neukeynesianischen Orientierung angenähert hat (Abkehr von der Geldmengenpolitik, Nicht-Sanktionierung der Defizit-Sünder etc.). Allerdings verfolgen die Gewerkschaften eher post-keynesianische Forderungen, von denen die EU noch weit entfernt ist: Weder gibt es eine langfristig ausgerichtete Politik der Wachstumssteigerung noch ein Bekenntnis zur produktivitätsorientierten Lohnpolitik.

Ergänzt wird diese Analyse durch einen sehr kurzen, äußerst politisch gehaltenen Artikel von Rudolf Welzmüller, der sich als Vorstandsmitglied der IG-Metall klar zur Notwendigkeit einer koordinierten Makropolitik bekennt; dies beinhaltet auch die Koordinierung der Lohnpolitiken.

Der Makroökonomische Dialog

In der wirtschaftspolitischen Realität ist ein Gremium von zentraler Bedeutung – insbesondere für Gewerkschaften, die sich immer besonders stark für seine Entstehung eingesetzt haben:

Der sog. Makroökonomische Dialog (MD). In diesem Rahmen treffen sich halbjährlich VertreterInnen der EZB, des Rates Wirtschaft und Finanzen, des Rates Arbeit und Soziales, der Kommission und der Sozialpartner. Zur Bewertung der realpolitischen Auswirkungen wurde mit dem Koordinator dieses Gremiums, Willi Koll, ein wesentlicher Akteur auf EU-Ebene für einen Beitrag eingeladen. Er analysiert Entstehungsgeschichte und -überlegungen dieses Dialoges und nimmt naturgemäß eine positive Haltung zum MD ein. In seinem Beitrag geht er vor allem auf die Gründe ein, warum ein solches Forum ökonomisch zweckmäßig und eine sinnvolle Ergänzung zu den strukturpolitischen Diskussionen ist. Wenn auch vorsichtig, so äußert Koll doch Kritik an manchen Aspekten des MD, wie etwa dem Fehlen einer Entsprechung zu dieser Form von Koordinierung in manchen Mitgliedstaaten.

Dieser Blick aus der Institution wird von Ronald Janssen, einem Vertreter des Europäischen Gewerkschaftsbundes, ergänzt. Einmal mehr wird das Fehlen makroökonomischer Koordinierung für die schwache Wirtschafts-*Performance* der EU verantwortlich gemacht. Hier liegt im Übrigen auch eine Schwachstelle der Aufsatzsammlung: Die Analysen der wirtschaftlichen Entwicklung finden praktisch in jedem Artikel statt und weichen auf Grund der ähnlichen Weltsicht kaum voneinander ab. In einem etwas oberflächlichen Plädoyer für den MD vertritt Janssen die Ansicht, dass die Einschätzungen und die Handlungen der Arbeitnehmervertreter bei den anderen Akteuren des MD selten Beachtung fänden, es aber trotz dieser eher frustrierenden Entwicklung für die Gewerkschaften notwendig sei, an diesem Gremium (mit einigen Reformwünschen) festzu-

halten. Diese Conclusio wirkt nicht wirklich überzeugend und böte Anlass zur kritischen Auseinandersetzung mit den Einflussmöglichkeiten von Gewerkschaften auf EU-Ebene.

Andrew Watt, Mitarbeiter des Europäischen Gewerkschaftsinstituts, greift in seinem Beitrag die Analyse, dass es Reformen im MD braucht, wieder auf und versucht entsprechende Vorschläge zu entwickeln. Insgesamt wirkt dieses Kapitel etwas unkritisch und wie eine verzweifelte Suche nach gewerkschaftlichen Einflussmöglichkeiten in der arbeitnehmerfeindlichen wirtschaftspolitischen Realität der EU.

Probleme für Gewerkschaften

Interessant wird dann wiederum der Abschnitt zu Fragen der Lohnpolitik auf europäischer Ebene. In bekannter Weise legt Thorsten Schulten die Entwicklung von einer solidarischen zu einer wettbewerbsorientierten Lohnpolitik in Europa dar. Dies wird auch mit Daten anschaulich dargestellt. Genauer geht er der Frage nach, wie vor diesem Hintergrund der aktuelle gewerkschaftliche Koordinierungsansatz auf EU-Ebene zu beurteilen ist, der nicht auf die Entwicklung eines supranationalen Tarifvertrages abstellt, sondern versucht, mittels einer sog. Lohnleitlinie die nationalen Tarifpolitiken zu koordinieren. Der wettbewerbsorientierten wird ein Konzept der wettbewerbsneutralen Lohnpolitik gegenübergestellt. Diese neue Herangehensweise beurteilt Schulten positiv, wenn er auch Schwachstellen in dem ihr zugrunde liegenden Voluntarismus sieht. Trotzdem birgt dieser Ansatz Möglichkeiten für gewerkschaftliche Entwicklungen in sich, die von institutionellen bis zu inhaltlichen Änderungen reichen.

In einem sehr lesenswerten und kritischen Aufsatz betrachtet Richard Hy-

man die strategischen Probleme, die sich für Gewerkschaften aus ihrer Einbindung in die politische Logik der EU ergeben. Gerade im sozialpolitischen Bereich konstatiert er bei den Institutionen der EU eine „Tendenz zur symbolischen Politik“, die sich in den verschiedenen relativ unverbindlichen sozialpolitischen Koordinierungsprozessen widerspiegelt. Der EGB, der sich vor allem dem Lobbying verpflichtet fühlt, läuft dadurch Gefahr, seine Kräfte auf die Auseinandersetzung mit den Brüsseler Institutionen zu beschränken. Fazit für ihn ist, dass „die Konsequenz dieser Einbindung der europäischen Gewerkschaften durch die EU-Eliten ... die Unterdrückung eigenständiger politischer Alternativen und Mobilisierungskapazitäten (ist)“. Hyman plädiert statt für ein starkes Engagement im „Sozialen Dialog“ für mehr „internen sozialen Dialog“, d. h. weniger Kompromissbereitschaft in Verhandlungen und mehr Auseinandersetzung mit den eigenen Zielen.

Einschätzung

Der Sammelband bietet zwar kaum grundsätzlich Neues zum Thema, stellt aber einen guten Überblick über die wirtschaftspolitischen Diskussionen auf EU-Ebene dar und betrachtet dabei die Rolle der Gewerkschaften genauer. Auch wenn sich das Buch mitunter mehr Straffung (Analyse der Wirtschaftsentwicklung) und mehr kritische Reflexion – wie den Beitrag von Hyman – verdient hätte, legt es doch sehr klar dar, wo Ansatzpunkte für gewerkschaftliches Agieren bestehen. Angesichts der momentanen Entwicklung auf EU-Ebene wird dieses Buch auch sicher noch längere Zeit aktuell bleiben.

Silvia Angelo